

In dieser Ausgabe:

**Mehr Transparenz
bei Geschäften
der Stadt**

S. 2

**Sozialticket ist
machbar**

S. 4

**GWG in der
Agnes-Miegel-Str.**

S. 5

„Beihilfe zur Steuerhinterziehung“ muss beendet werden

Auflösung der Cross Border Leasing-Verträge

Vielleicht kann die Stadt noch mit einem blauen Auge davonkommen – aktuelle Kosten in erheblicher Höhe wird das Finanzabenteuer Cross Border Leasing (CBL) aber auf jeden Fall verursachen. Allein das kurzfristige Eingreifen der amerikanischen Regierung hat den Kollaps des Versicherungskonzerns **AIG** verhindert. Andernfalls wären das **Wuppertaler Müllheizkraftwerk** und das städtische **Kanalnetz** in der **Konkursmasse** der **AIG** gelandet.

Nun sucht Wuppertal nach einem neuen Versicherer oder, und das ist neu, will den Leasing-Vertrag auflösen. Dies ist eine rasante Kehrtwende, die wir allerdings begrüßen, wenn sie denn endlich so vollzogen wird. Es besteht zumindest auf Bundesebene mittlerweile weithin Übereinstimmung darüber, dass der Abschluss der Cross Border Leasing-Verträge ein Fehler war. So hält etwa der ehemalige bayerische Ministerpräsident Beckstein Cross Border Leasing für "am Rande der Legalität" angesiedelt. Aber auch der ehemalige Kämmerei-Mitarbeiter, der mit der Abwicklung der Wuppertaler Verträge damals befasst war, hat laut "Spiegel-Online" geäußert: "Heute würde ich ein solches Geschäft nicht mehr machen." (Siehe Kasten)

Weiter auf Seite 2

CBL - Geld machen aus nichts?

Zur Erinnerung: Es geht darum, dass in den Jahren 1999 und 2002 das Wuppertaler Müllheizkraftwerk und das Wuppertaler Kanalnetz an US-amerikanische Investoren verleast worden sind, um durch Wuppertal zurückgeleast zu werden. Die Aktion diente einzig dem Zweck, dem US-amerikanischen Fiskus Millionenbeträge vorzuenthalten, die dann brüderlich, wenn auch nicht zu gleichen Teilen, zwischen dem Investor, den Versicherungen sowie der Stadt Wuppertal aufgeteilt wurden.

Dass das so nicht dauerhaft funktioniert, hätte allen Beteiligten eigentlich von Anfang an klar sein müssen. Seit 2004 konnten solche Verträge auch nicht mehr abgeschlossen werden, weil der amerikanische Gesetzgeber dagegen eingeschritten ist. Welchen Grund auch sollte die US-Regierung haben, Steuerbefreiung für Scheingeschäfte zu gewähren? Für die Beteiligten handelte es sich schließlich auch nicht um einen realen Verkauf, sondern nur um die Verwirklichung des alten Menschheitstraums, aus nichts Geld zu machen.

Kanaldeckel vor dem Rathaus mit historisch überholter Aufschrift: „Kanalisation der Stadt Wuppertal“



Forts. von Seite 1

Tatsächlich ist es ja so, dass nicht einerseits die Bundesregierung der Schweiz vorwerfen kann, sie würde mit ihrem Bankgeheimnis auswärtigen Geldanlegern helfen, Steuern zu hinterziehen, andererseits aber mit dem CBL-Konstrukt selbst letztlich das gleiche mit amerikanischen Steuergeldern zu tun. Der erzielte Barwertvorteil ist das Honorar für diese Beihilfe.

Fragwürdige Geschäfte

Davon abgesehen zeigt sich in der aktuellen Situation, dass das ganze Verfahren auch in finanzieller Hinsicht mehr als fragwürdig ist. Es kann sein, dass am Ende der Gewinn für die Stadt etwas größer sein wird als die Kosten der Abwicklung oder, je nach dem, der Umwandlung der Verträge. Der Kämmerer hat dies stets betont. Doch ist zum einen noch gar nicht abzusehen, wie die weitere Entwicklung verlaufen wird, ob also noch weitere Kosten entstehen werden.

Zum andern, und das verschweigt die Verwaltung, ist das seinerzeit eingenommene Geld natürlich schon längst ausgegeben. Jetzt anfallende Kosten, ob nun für Umwandlung oder Abwicklung, sind praktisch neue und unvorhergesehene Kosten, die im Haushalt nicht vorgesehen waren.

Weiter auf Seite 3

Mehr Transparenz bei städtischen Geschäften!

In der Ratssitzung am 10. November 2008 beantragte unsere Fraktion, dass die Verwaltung dem Rat regelmäßig schriftlich Bericht erstatten soll über Finanzgeschäfte städtischer Gesellschaften bzw. solche Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist.

In einem weiteren Antrag forderte unsere Fraktion, in Zukunft solle die Stadt keine Verträge mehr abschließen, die keine Transparenz gewährleisten.

In der Begründung unseres Antrags heißt es: "Die aktuellen Schwierigkeiten [...] zeigen, dass die von der Bevölkerung gewählten Stadtverordneten zu Statisten herabgestuft werden, wenn von der Verwaltung Verträge abgeschlossen werden, denen der Rat zwar zustimmen muss, deren Inhalt er aber nicht kennt." Bei den CBL-Verträgen ist genau das der Fall gewesen.

Beide Anträge fanden keine Mehrheit im Rat.

Forts. von Seite 2

LINKE für Auflösung der CBL-Verträge

Schon bei den Abstimmungen 1999 und 2002 im Rat hat die Fraktion der offenen Liste DIE LINKE, damals noch PDS-Ratsgruppe, den CBL-Verträgen nicht zugestimmt. Danach haben wir wiederholt mit Anfragen auf Probleme des CBL aufmerksam gemacht. 2003 wurde unser Antrag, keine weiteren CBL-Verträge abzuschliessen, von allen anderen Ratsmitgliedern abgelehnt.

CBL-Urteil:

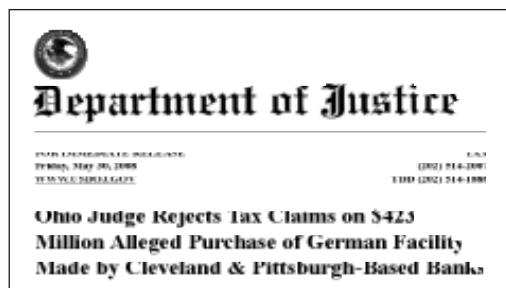
US-Gericht erklärt Vertrag für Scheingeschäft

Im Mai 2008 endete ein Prozess des amerikanischen AWG Leasing Trusts gegen die amerikanische Steuerbehörde mit dem Urteil des United States District Court for the Northern District of Ohio. Das Gericht stellte fest, dass der Trust von 1999 bis 2003 durch das CBL-Geschäft mit der Wuppertaler AWG unrechtmäßig 88 Millionen Dollar dem amerikanischen Fiskus vorenthalten habe. Für den Zeitraum danach sei der noch höhere Betrag noch nicht exakt zu beziffern. Man kann also davon ausgehen, dass der Gesamtbetrag bei rund 200 Millionen \$ liegt, die der Staat nun von der Firma zurückfordert.

Das amerikanische Justizministerium kommentierte die Entscheidung des Gerichts am 30. Mai wohlwollend: Sie diene als nötige Warnung an alle Steuerzahler, die ihre Geschäfte verschleiern, nur um die Steuerregeln des IRS (Internal Revenue Service, die US-Steuerbehörde) zu umgehen.

Zu der Steuerschuld kommen noch Geldstrafen wegen Verletzung der Mitwirkungspflicht des Trusts bei der Ermittlung der Steuerschuld, kurz: wegen Geheimniskrämerei.

Solche Geheimniskrämerei wurde auch in Wuppertal geübt. Man wird davon ausgehen können, dass der Stadt das Urteil gleich nach der Verkündung bekannt geworden ist. Den gewählten Vertretern im Rat und den zuständigen Ausschüssen ist davon allerdings nicht vor dem 4. November 2008 berichtet worden, und das auch nicht umfassend. Das Urteil müsse erst noch ausgewertet werden, erklärte der Kämmerer-Mitarbeiter Lobers am 10. November vor dem Rat. Das US-Justizministerium war da sehr viel schneller.



Sozialticket ist machbar!

Im März 2008 beantragte unsere Fraktion im Rat die Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV für bedürftige Bürgerinnen und Bürger. Damals wurde der Antrag im Rat, auch mit den Stimmen der VertreterInnen von Bündnis 90/Die Grünen, abgelehnt. In der November-Sitzung des Rates beantragten die Grünen nun die Einführung eines solchen Sozialtickets. Wieder wurde der Antrag abgelehnt, diesmal gegen die Stimmen der LINKEN und der Grünen. Immerhin, ein Fortschritt.

CDUSPD begründeten diesmal ihre Ablehnung nicht nur mit der angeblichen Nichtfinanzierbarkeit, sondern auch mit der vermeintlichen Widerrechtlichkeit einer solchen Maßnahme. Es ist aber letztlich gleichgültig, ob das Ticket in der von den Grünen speziell beantragten Form rechtlich zulässig ist oder nicht: Wenn man ein Sozialticket einführen will, dann kann man es. "Sagen Sie doch direkt, dass Sie kein Sozialticket wollen!" rief die LINKEN-Stadtverordnete Elisabeth August dem CDU-Fraktionschef in der Ratssitzung zu.

Es gibt ein Sozialticket schon in zahlreichen Kommunen auch Nordrhein-Westfalens. Auf VRR-Ebene wird für Tickets ähnlicher Art wie Schoko-Ticket, Bären-Ticket usw. sogar massiv geworben. In der selben Ratssitzung wurde sogar eine Erhöhung des städtischen Zuschusses für das Schokoticket beschlossen, der kurioserweise deshalb nötig geworden ist, weil durch die zahlreichen Schulschließungen der letzten Jahre viele Schulwege länger geworden sind und somit die Entfernungsgrenze überschritten wurde, ab der SchülerInnen Anspruch auf ein bezuschusstes Schokoticket haben. Man sieht: Einsparungen an einer Stelle führen oft zu Mehrausgaben an anderer Stelle.

Beispiel Köln

In Köln, das zum Tarifverbund VRS gehört, gibt es das Sozialticket seit Januar 2007, und es gehört seit März 2008 zum regulären Tarifangebot des VRS. Noch einmal: Dass es das Ticket gibt, beweist, dass es offenbar nicht gesetzwidrig ist. Dass es darüber hinaus auch keine gigantischen Mehrkosten bzw. Mindereinnahmen der WSW nach sich führen muss, zeigt ebenfalls das Beispiel Köln.

Dort hat jeder Inhaber des dem Wuppertal-Pass vergleichbaren Köln-Passes Anspruch auf ein Sozialticket. In Köln betrifft das rund 30.000 Personen. Insgesamt geht man ca. 175.000 Personen aus, die theoretisch einen solchen Anspruch haben.

Verkauft wurden im Jahr 2007 monatlich im Schnitt 10.500 rabattierte Monats-tickets und 11.000 Vierertickets. 2008 soll die Zahl für beide Ticketarten auf ca. 15.000 gestiegen sein.

2007 hat die Stadt Köln als Ausgleichszahlung 4,8 Mio. Euro an den Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) überwiesen. 2008 rechnet die Stadt nur noch mit 2,8 Mio. Euro. Der Grund: mehr Neukunden durch das Sozialticket und deutlich weniger Schwarzfahrer. Mit Beschluss vom 14.3.2008 hat der VRS das Sozialticket Köln in sein reguläres Tarifangebot übernommen. Dabei ist daran zu denken, dass Köln fast dreimal so viele Einwohner hat wie Wuppertal.

Forts. von Seite 4

Die Ratsfraktion der Kölner SPD kommentierte den VRS-Entschluss übrigens u.a. so: "Die von der CDU geäußerte Befürchtung, dass Tarifabsenkungen für einkommensschwächere Zielgruppen automatisch Mindererlöse beim VRS nach sich ziehen würden, konnte durch eine Marktforschungsstudie entkräftet werden. Dem Umsatzminus durch Abwanderungen aus dem Regeltarif steht ein Umsatzplus durch Neu- und Mehrverkehr sowie verringertes 'Schwarzfahren' gegenüber." (aus: Pressemitteilung v. 18.3.08)

Übrigens wurde das Sozialticket in Köln von der dortigen Ratsmehrheit von SPD, Grünen und LINKEN durchgesetzt.

Die GWG in der Agnes-Miegel-Straße

Die städtische Tochter Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GWG) macht ihren MieterInnen in der Agnes-Miegel-Straße das Leben nicht leicht. Seit Jahren schon sind die Kinderspielplätze in einem jämmerlichen Zustand. Es fehlte nicht an Bekundungen der GWG, die Situation bessern zu wollen. Eltern wurden sogar nach ihren Ideen für die Erneuerung der Spielplätze befragt. Im Jahr 2004 wurde der größte der Spielplätze teilweise abgerissen, einige Eisenwinkel blieben – vom Sand knapp verborgen – als Stolperfalle zurück, Bolzen standen aus den Resten der Sandkastenumrandung hervor. Das blieb dann so, bis in diesen November.

Nun gibt es neuen Ärger für die MieterInnen. Vor wenigen Tagen erhöhte die GWG ihnen zunächst die Nebenkostenvorauszahlung – nur kurz darauf wurde dann auch die Grundmiete angehoben. Begründung: die Mietpreisbindung für die Wohnungen sei weggefallen. Die MieterInnen sehen diese Preiserhöhungen als nicht gerechtfertigt an. Sie klagen über undichte Fenster und nur mäßig wirksame Heizungen; Renovierung von Badezimmern: seit Jahren Fehlanzeige. Und sie sind in großer Sorge, denn 60 oder 100 Euro mehr Miete im Monat sind für die meisten ein dicker Brocken.

Vor diesem Hintergrund will bei den Eltern gar keine richtige Freude darüber aufkommen, dass die GWG jetzt im November endlich damit begonnen hat, die Spielplätze in Schuss zu bringen. Die Eltern sind eher verwundert, dass sich überhaupt etwas tut. Und sie zweifeln daran, dass die Sache auch in diesem Jahr noch zu Ende gebracht wird, wie von der GWG geplant. Bei den zu erwartenden Witterungsverhältnissen sind ihre Zweifel nur allzu angebracht.

Mit „Hurra!“ in den Tod

Das Langemarck-Denkmal in Wuppertal-Barmen



Das Denkmal neben der Barmer Post im Sommer 2008

In Barmen, in der Stresemannstraße zwischen der Post und dem Bahnhof, steht ein hoher Obelisk. Errichtet wurde er 1917, während des Ersten Weltkriegs, und zwar als Denkmal für Paul von Hindenburg (1847-1934). Hindenburg war trotz seines hohen Alters während des Weltkriegs zum Oberbefehlshaber des Heeres aufgestiegen und genoss danach einige Popularität, so dass er von den rechten Parteien 1925 als Kandidat bei der Wahl zum Reichspräsidenten aufgestellt wurde. Hindenburg gewann die Wahl knapp und blieb Präsident bis zu seinem Tod 1934, nachdem er 1930 mit Unterstützung der SPD wiedergewählt worden war. Am 30. Januar 1933 ernannte er Hitler zum Reichskanzler.

Bei der Einweihung sah das Denkmal anders aus als heute. Auf der Säule stand eine meterhohe vergoldete Herkulesfigur, gestützt auf ein Schwert und mit einem Adler zu Füßen. An den heute noch vorhandenen

Sandsteinwänden waren wasserspeiende Löwenköpfe zu sehen sowie Reliefs mit je zwei "männlichen Kraftgestalten", außerdem ein militaristischer Vers des 1882 in Barmen geborenen späteren NS-Schriftstellers Will Vesper. Das ganze war eine Brunnenanlage.

Die heutige Stresemannstraße wurde 1933 umbenannt: Die Fritz-Ebert-Straße wurde in Langemarckstraße umbenannt. Nach der belgischen Stadt Langemark (ohne c; das "c" gehört wohl zu einer "preußischen Schreibweise") wurde eine Schlacht in den ersten Monaten des Ersten Weltkriegs benannt, die vor allem bekannt wurde durch den Enthusiasmus, mit dem ca. 2000 junge deutsche Freiwillige als eine Art Selbstmordkommando in den "Heldentod" gingen. Dem Bericht der Obersten Heeresleitung zufolge stürmten sie "Deutschland, Deutschland über alles" singend eine gegnerische Stellung. Tatsächlich handelte es sich wohl um einen Hügel, von dem aus die jungen Männer mühelos niedergeschossen werden konnten.

Um diese Schlacht aber bildete sich noch während des Krieges ein Mythos vom "heldenhaften Opfertod für das Vaterland", der vor allem der ideologischen Ausrichtung der männlichen Jugend diente. Schulen und Kasernen wurden nach Langemarck benannt (eine Bundeswehr-Kaserne in Koblenz heißt heute noch so) und eben auch Straßen.

1946 bestimmte der Alliierte Kontrollrat die Entnazifizierung und Entmilitarisierung aller bestehenden Denkmäler. Die Stadt Wuppertal ließ daraufhin den Herkules von der Säule entfernen sowie die Inschrift. Zwar hieß die Straße mittlerweile Stresemannstraße, doch in der Bevölkerung hatte man, auch wegen der dazu passenden Reliefs, das Denkmal in Verbindung mit Langemarck gebracht. Welcher Teu-

Forts. von Seite 6

fel die Stadtverwaltung aber geritten haben mag, als sie im Jahr 1976 (!) die jetzige Inschrift "LANGEMARCK 1914" einmeißeln ließ, das weiß wohl nur sie selbst. Es heißt, das Garten- und Forstamt sowie das Kulturamt seien beteiligt gewesen, den ehemaligen Hindenburg-Brunnen nun auch offiziell zum Langemarck-Denkmal umzuwidmen. Und das, ohne dass auch nur eine Andeutung von Bedarf vorhanden war - eine Maßnahme, die in ihrer Idiotie erinnert an den Befehl, mit dem am 10.11.1914 die zweitausend jungen Soldaten in den selbst aus militärischer Sicht völlig sinnlosen Tod geschickt worden sind.

(Informationen zum Denkmal nach: Ruth Meyer-Kahrweg: Denkmäler, Brunnen und Plastiken in Wuppertal. Wuppertal 1991)

6. Gesamtschule muss her!

Mit dem Beschluss zum Ausbau der Gesamtschulen Langerfeld und Vohwinkel dürfte die Errichtung der im Frühjahr beschlossenen 6. Gesamtschule gestorben sein, was durchaus im Sinne derer sein wird, die diesen Antrag eingebracht haben. Nicht berücksichtigt wurden beim Beschluss zum Ausbau die Stellungnahmen der beiden betroffenen Schulen, die sich aus unterschiedlichen, z.B. räumlichen Gründen nicht in der Lage sehen, den Ausbau zu bewältigen.

Die Fraktion DIE LINKE fordert dagegen Stadtteilschulen ähnlich wie in Ronsdorf. So sollen in Vohwinkel die Haupt-, die Realschule und das Gymnasium geschlossen und die Gebäude in die Gesamtschule eingegliedert werden. Nur so kann die Drittelung der Schulempfehlungen für die Gesamtschule erreicht werden.

Privat vor Staat?

Spätestens seit der Privatisierung der Städtischen Kliniken, jetzt Helios-Kliniken, sind die dortigen Reinigungsarbeiten an externe Firmen vergeben worden, d.h. der preisgünstigste Anbieter bekommt den Zuschlag für die Säuberung von Krankenzimmern, Operationssälen, Labors usw. Diese Entscheidung liegt bei Helios.

In der WZ vom 12.11.2008 war zu lesen, der Hygiene-Beauftragte des Helios-Konzerns habe auf Vorwürfe bezüglich mangelnder Sauberkeit und Hygiene geäußert, dies liege an den Reinigungsfirmen: "Die Vorgaben sind einfach nicht zu schaffen."

Das hätten wir ihm auch schon früher sagen können. Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören nun mal nicht in private Hände.



Am 24. November ist Jörg Schwerdt, Mitglied der Bezirksvertretung Elberfeld, der Partei DIE LINKE beigetreten, nachdem er im Frühjahr die SPD verlassen hat. Somit bildet er nun zusammen mit Cemal Agir (im Bild rechts) eine Fraktion in dieser Bezirksvertretung. Jörg Schwerdts Arbeitsschwerpunkt liegt im Wohngebiet Ostersbaum.

Neue Baumschutzsatzung ist nötig

In der Ratssitzung am 10.11. wurde beschlossen, 286 Bäume unter Naturschutz zu stellen. Nötig wurde dies durch die Abschaffung der Wuppertaler Baumschutzsatzung vor zwei Jahren. Die Fraktion DIE LINKE hat der Unterschutzstellung zwar zugestimmt, in einem Redebeitrag aber darauf verwiesen, dass dies nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein sei. Umweltschutz müsse eine größere Rolle in Wuppertal spielen, sagte die Stadtverordnete Elke von der Beeck. Die Behandlung des Biotops am Scharpenacken nannte sie als Beispiel, vor allem aber forderte sie eine neue Baumschutzsatzung, um mehr Lebensqualität für die Bevölkerung zu erreichen.

Gut geheuchelt

Die Remscheider, Solinger und Wuppertaler SPD haben in einer gemeinsamen Erklärung die Finanznot der Kommunen beklagt, für die nicht zuletzt der starke Rückgang der Steuereinnahmen verantwortlich sei, "besonders 2000 bis 2005", wie es in der Erklärung heißt. Unsere Fraktion unterstützt die sich daran anschließenden Forderungen der drei SPD-Verbände an Bund und Land, die etwa eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs und die verbindliche Einhaltung des Konnexitätsprinzips umfassen. Aber eine Frage bleibt doch: Hat die SPD tatsächlich vergessen, wer in Berlin regiert? Und vor allem: wer 2000 bis 2005 nicht nur in Berlin, sondern auch in Düsseldorf regiert hat und somit für den ganzen Schlamassel verantwortlich ist?

Impressum:

Herausgegeben von der Fraktion der offenen Liste DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal
Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1,
42275 Wuppertal,
Tel. u. Fax: 0202 - 563-6677
www.ratsfraktion.dielinke-wuppertal.de
E-mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Elisabeth August, Elke von der Beeck, Dr. Wolfgang Fenner, Ulrich Heck, Gerd-Peter Zielezinski
Redaktionsschluss: 25.11.2008